

POSTULAT von Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) und Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)

betreffend Umweltbericht: Reduktion der Ammoniakemissionen

Überhöhte Ammoniakemissionen sind gesundheitlich, für die Artenvielfalt und die Stabilität empfindlicher Ökosysteme sehr problematisch. Ende 2017 lief das Projekt Ammoniakreduktion für den Kanton Zürich aus. Es hat Bund und Kanton gut 26 Millionen Franken gekostet. Trotzdem sind die Ammoniakemissionen im Kanton Zürich nicht zurückgegangen und liegen nach wie vor ein Vielfaches über den gesetzlichen Zielwerten. Gemäss Art. 31 LRV ist der Kanton verpflichtet, einen Massnahmenplan zu erarbeiten und umzusetzen, der aufzeigt, wie die Schadstoffemissionen von Ammoniak in absehbarer Frist auf die gesetzlichen Vorgaben reduziert werden können. Der Regierungsrat wird deshalb gebeten darzulegen, bis wann er diesen Bericht vorlegen will und bis wann und mit welchen Massnahmen er im Kanton Zürich den gesetzeskonformen Zielzustand erreichen will.

Edith Häusler
Robert Brunner

7/2019

Begründung:

Im Kanton Zürich werden jährlich gegen 3'000 Tonnen Ammoniak ausgestossen. Diese Menge liegt fast um das Dreifache über dem gesetzlichen Zielwert (critical load). Gemäss kantonalem Massnahmenplan Luftreinhalteplan stammen rund 90 % dieser Emissionen aus der Landwirtschaft. Um die Emissionen massgeblich zu senken, wurde das Ressourcenprojekt Ammoniak lanciert. Es kostete Bund und Kanton insgesamt 26,3 Millionen Franken, wobei der Bund den Löwenanteil von 21 Millionen Franken beitrug. Das Projekt lief Ende 2017 aus. Es sah gut drei Viertel des Geldes zur Förderung des Schleppschlaucheinsatzes vor. Ein Landwirt erhielt dabei 40 Franken pro Güllegabe und Hektare. Der Beitrag verdoppelte sich, wenn er den Verteilkamm vom Feldweg her über eine Verschlauchung speiste – eine Art Zusatzprämie für die reduzierte Bodenbelastung. Die Landwirte deklarieren die Schleppschlaucheinsätze auf ohnehin verlangten Formularen, was gemäss Verwaltung eine nur minimale administrative Mehrbelastung bedeutete. Mit weiteren Mitteln aus dem Ammoniak-Projekt wurden Beratung, Abdeckung offener Güllebehälter und innovative Projekte auf Einzelbetrieben gefördert. Trotz all dieser Massnahmen sind die Ammoniakemissionen mehr oder weniger konstant geblieben. Die Immissionsmessungen konnten bisher die erzielten Wirkungen des Ressourcenprojekts nicht nachweisen. Damit zeigt sich im Kanton Zürich dasselbe Bild wie in anderen Kantonen. Da laufend weitere Stallkapazitäten bewilligt wurden, wurden die mit den (teuren) Massnahmen erreichten Reduktionen gleich wieder wettgemacht, so dass unter dem Strich die gesetzten Ziele in keiner Weise erreicht werden konnten. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er aufzeigt, welche griffigen Mittel zur tatsächlichen Reduktion der Ammoniakemissionen existieren und wie er diese nutzen will, um in den nächsten 10 Jahren die gesetzlich vorgegebenen Ziele zu erreichen.